

Sitzung vom 3. Februar 1993

416. Anfrage (EWR-Information in den zürcherischen Mittelschulen)

Kantonsrat Ulrich Welti, Küsnacht, hat am 2. November 1992 folgende Anfrage eingereicht:

Vermehrte Hinweise belegen, dass bei den Wirtschaftsfächern in zürcherischen Mittelschulen teilweise indoktrinäre Methoden angewendet werden, um den stimmberechtigten Schülern die Zustimmung zum EWR-Vertrag abzurufen. Eine faire und ausgewogene Information zu dieser wichtigsten Abstimmung seit 1848 wird vielfach verunmöglicht. Diese Manipulation geht oft so weit, dass diese jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger angewiesen werden, auch ihre Eltern zu verpflichten, am 6. Dezember ein Ja für den EWR-Vertrag in die Urne zu legen.

Ich frage daher den Regierungsrat an:

Hat der Regierungsrat Kenntnis von dieser bedenklichen Manipulation, und ist er bereit, diesen Missstand raschmöglichst zu beheben und für eine ausgewogene und faire EWR-Information an diesen Schulen zu sorgen?

Auf Antrag der Direktion des Erziehungswesens

b e s c h l i e s s t d e r R e g i e r u n g s r a t :

I. Die Anfrage Ulrich Welti, Küsnacht, wird wie folgt beantwortet:

Es ist selbstverständlich, dass die Frage des Beitritts der Schweiz zum EWR und damit das Verhältnis unseres Landes zu den Bestrebungen der europäischen Integration im Unterricht der Mittelschulen zur Sprache gekommen sind. Aus einer von der Erziehungsdirektion durchgeführten Umfrage ergibt sich, dass dies im Normalunterricht (vornehmlich in den Fächern Geschichte und Staatskunde sowie Geographie) oder aber in kontradiktorischen Diskussionen und an staatsbürgerlichen Studientagen unter Beizug von prominenten Befürwortern und Gegnern der Abstimmungsvorlage vom 6. Dezember 1992 geschah. Es wurde streng darauf geachtet, dass die sachliche Orientierung und die Darstellung der verschiedenen Standpunkte die Unterrichtsgespräche und Diskussionen bestimmten. Die eigene persönliche Auffassung der Lehrerinnen und Lehrer stand dabei nicht im Vordergrund, wurde aber meistens auch nicht verschwiegen. Der in der Anfrage erhobene Vorwurf der Manipulation wird von den befragten Schulleitungen einhellig bestritten. Eine bewusste und gezielte Beeinflussung der Meinungsbildung von seiten der Lehrerschaft würde dem Auftrag der Schule zur Ausgewogenheit bei der Behandlung von aktuellen politischen Fragen klar widersprechen. Wenn die Erziehungsdirektion im Vorfeld der Abstimmung konkrete Hinweise auf einseitige Beeinflussung der Schüler in der einen oder andern Richtung bekommen hätte, so wäre sie sofort eingeschritten.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Direktion des Erziehungswesens.

Zürich, den 3. Februar 1993

Vor dem Regierungsrat

Der Staatsschreiber:
Roggwiller